

# VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

## MITGLIEDER- FOREN

Die Berliner SPD lädt zu drei Mitgliederforen im Rahmen des Wahlprogrammprozesses:

**Mitgliederforum „Bildung und Wissenschaft“**  
Mi., 8.10.2014 ab 19.00 Uhr  
Ort: siehe Ankündigung im Internet  
mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin; Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft; Mark Rackles, stellvertretender Landesvorsitzender, Staatssekretär für Bildung; Jutta Koch-Unterseher, Abteilungsleiterin für den Arbeitsbereich Technologie und Forschung in der Senatsverwaltung

**Mitgliederforum „Arbeit und Wirtschaft“**  
Di., 14.10.2014 ab 19.00 Uhr  
Ort: siehe Ankündigung im Internet  
mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin; Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen; Barbara Loth, stellvertretende Landesvorsitzende, Staatssekretärin für Frauen; Boris Velter, Staatssekretär für Arbeit

**Mitgliederforum „Wohnen und Stadtentwicklung“**  
Do., 16.10.14 ab 19.30 Uhr  
JugendKulturZentrum PUMPE der AWO, Lützowstr. 42, 10785 Berlin  
mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin; Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt; Iris Spranger, stellvertretende Landesvorsitzende, MdA; Volker Härtig, Vorsitzender des Fachausschusses Soziale Stadt

**Aktuelle Informationen:**  
[www.spd-berlin.de/](http://www.spd-berlin.de/)  
Mitgliederforen

## SPD NIMMT KURS AUF 2016

### Neue Konzepte für eine wachsende Metropole

Viel Arbeit und ein wirklich spannender Prozess bis 2016 – so lautete am 28. Juni das Fazit der Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands (GLV), die sich zu einer Klausurtagung in Grünau zusammenfanden. Drei Themenschwerpunkte wurden ausführlich debattiert: Der Prozess zur Ausgestaltung des Wahlprogramms für 2016, ein Wachstumsfonds für Berlin und die Personalentwicklung in den Bezirken und der Hauptverwaltung.

#### Wahlprogrammprozess

Weil kein Programm Erfolg hat, das nicht von Beginn an von den Mitgliedern mitgestaltet und dann mit Überzeugung auf die Straßen getragen wird, will der Geschäftsführende Landesvorstand bei der Erarbeitung des Wahlprogramms von Anfang an auf eine breite Beteiligung der Mitglieder und der FachexpertInnen der Berliner SPD setzen. Dazu wird es Mitgliederforen ab dem 8. Oktober (siehe linke Spalte), Online-Formate und Diskussionsplattformen geben. In 2015 folgt der Praxis-Test bei den zivilgesellschaftlichen ExpertInnen in unserer Stadt. Ende 2015 kommt es dann nochmals auf das Votum der Mitglieder an. Sie sollen über die zentralen Themen des Wahlprogramms entscheiden. „Berlin wächst. Die Stadt selbst profitiert davon, aber das Wachstum stellt die Stadt auch vor große Herausforderungen. Wir wollen alle in der Stadt mitnehmen. Und das soll sich im von uns gemeinsam erarbeiteten Wahlprogramm wiederfinden“, so Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Der GLV legte zur Strukturierung des Prozesses drei Säulen des Wahlprogramms fest, in denen die SPD die zentrale Verantwortung trägt: Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und Stadtentwicklung sowie Bildung und Wissenschaft. Der Prozess soll auch von den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen mit Leben gefüllt werden. Im Kern soll es darum gehen, die Herausforderungen der wachsenden Metropole sozial gerecht zu gestalten.



Klausurtagung des Geschäftsführenden Landesvorstands der Berliner SPD: Themen waren u.a. die Mitgliederbeteiligung bei der Entwicklung des Wahlprogramms, die Wohnungspolitik, die Bezirksfinanzen sowie die Personalplanung im öffentlichen Dienst.

#### Umwandlungsverbot

Wohnungsbau und Wohnungspolitik sind wichtige Schwerpunkte in unserer Politik. Mit dem Zweckentfremdungsverbot und dem Bündnis für soziale Mieten ist bereits ein dringend notwendigen Schritt getan worden. Für einen



Klausurtagung: Bezirksbürgermeister Stefan Komoß und der stellvertretende Landesvorsitzende Mark Rackles im Gespräch.

wirksamen Schutz der Mieterinnen und Mieter fehlt aber noch das Instrument des Umwandlungsverbots. Im Landesvorstand wurde vereinbart, sich weiter für eine solche Umwandlungsverbotsverordnung einzusetzen. „Wir wollen Mieterinnen und Mieter, die schon eine Wohnung haben, besser schützen. Entmietungen im Zuge der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum sind ein Brandbeschleuniger für Verdrängung“, so Stöß nach der Klausur. Auch Stadtentwicklungssenator Michael Müller hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dieses Instrument auf den Weg zu bringen.

#### Wachstumsfonds für Berlin

Berlin wächst – und damit wachsen auch die Anforderungen an Wohnungsbau, soziale Infrastruktur, Verkehr und die administrative Leistungsfähigkeit. Deshalb muss in das Wachstum auch investiert werden. Der GLV hat deshalb einen Wachstumsfonds vorgeschlagen, für den wachstumsbedingte Mehreinnahmen und Überschüsse im Haushalt genutzt werden sollen. Diese sollen dann wieder in das wachsende Berlin investiert werden. ■ Jos

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**Kinder- und Stadtteilfest im Schillerpark.** Die SPD Schillerpark lädt am 6. September von 14 bis 18 Uhr zum traditionellen Fest in den Schillerpark (hinter der Kita, Barfußstraße Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin). Prominente Gäste aus der Bezirks- und Landespolitik stehen für Gespräche zur Verfügung.

**Familienfest auf der Familienfarm Lübars.** Zum fünften Mal lädt die SPD Reinickendorf am Sonntag, dem 7. September von 11 bis 17 Uhr zum großen Familienfest auf die Familienfarm Lübars (Alte Fasanerie 10, 13469 Berlin). Geboten werden Musik und Unterhaltung, Spiele und Informationen.

**Lesung im Bürgerbüro von Daniel Buchholz.** Am 8. September 2014 finden weltweit Lesungen unter dem Motto „Freiheit und Anerkennung für Edward Snowden“ statt. In seinem Bürgerbüro veranstaltet Daniel Buchholz an diesem Tag von 16 - 18 Uhr ein Welt-Café, alle BesucherInnen sind zu Kaffee, Tee und Kuchen und zur anschließenden Lesung eingeladen. Das Bürgerbüro von Daniel Buchholz, MdA, ist am Quellweg 10, 13629 Berlin.

**Theaterbesuch.** Zu einem Besuch der Vorstellung „Kästner für Erwachsene“ im Theater im Palais lädt das Kulturforum am 23. September um 19 Uhr. Eine Einführung in das Stück und die Arbeit des Theaters geben die Vorsitzende des Fördervereins Theater im Palais e.V. und Staatssekretärin a. D. Monika Helbig und Intendantin Gabriele Streichhahn. Anmeldungen unter [www.spd-berlin.de/Theaterbesuch](http://www.spd-berlin.de/Theaterbesuch) oder 4692 150.

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
SPD-Landesverband  
Berlin

Redaktion:  
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)

Anschrift:  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin  
Tel.: 030 - 4692 150  
Fax: 030 - 4692 240  
Mail: [vorwaerts@spd-berlin.de](mailto:vorwaerts@spd-berlin.de)

# SPÜRBBARE ERFOLGE

## Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, zieht im vorwärts-Interview eine erste Bilanz

**D**ie SPD hält Wort und setzt jetzt um, was sie in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene durchsetzen konnte. Im Interview mit dem vorwärtsBerlin macht Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, deutlich: Millionen Menschen profitieren von den Neuregelungen.

**Mindestlohn, Rentenpaket, Energiewende, Bafög-Erhöpfung – einiges ist umgesetzt, anderes in Arbeit. Wie zufrieden ist die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende mit dem Tempo des ersten Halbjahres und dem bisher in der Koalition Erreichten, wo hakt es noch?**

Mit der bisherigen Arbeit der schwarz-roten Koalition bin ich sehr zufrieden, denn sie trägt die unverkennbare Handschrift der SPD. Wir haben in einem unglaublichen Tempo bereits zahlreiche zentrale Vorhaben umgesetzt, für die wir im Wahlkampf gewonnen haben, z.B. die Einführung des Mindestlohns oder die Abschaffung der Optionspflicht. Hiermit konnten wir bereits Verbesserungen für Millionen von Menschen erreichen. Es ist klar, dass wir in einem Jahr noch nicht alles umsetzen konnten, was wir uns vorgenommen haben. Bei weiteren wichtigen Vorhaben wie der Mietpreisbremse gibt es daher weiterhin offene Fragen, die koalitionsintern noch zu klären sind.

**Mehr Investitionen in Bildung und in die soziale Stadt waren – neben der Sorge um die Rentenentwicklung – wichtige Forderungen aus dem Berliner SPD-Landesverband. Kann auch die Bundestagsabgeordnete aus Mitte mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden sein? Gibt es Entscheidungen, von denen Berlin besonders profitiert?**

Die Menschen in Berlin-Mitte profitieren von vielen der bereits beschlossenen und umgesetzten Vorhaben. So haben wir z.B. die Optionspflicht für in Deutschland aufgewachsene Kinder und Jugendliche endlich abgeschafft. Viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in Mitte wohnen, können also die deutsche Staatsbürgerschaft und die ihrer Eltern haben. Sie müssen mit 23 Jahren nicht mehr diese schreckliche Entscheidung für die eine und gegen die andere treffen. Auch der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € bedeutet eine echte Verbesserung für viele Menschen, die zurzeit nicht von ihrem Lohn leben können.



Eva Högl, Bundestagsabgeordnete für Mitte, ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und Landesvorsitzende der Berliner ASF.

**Zu den konkreten Berliner Anliegen gehören auch die Mietpreisbremse und eine veränderte Liegenschaftspolitik auf Bundesebene, damit der Staat nicht mit an der Preisschraube dreht. Wie geht es bei diesen Fragen voran?**

Zwei wichtige Wahlziele der SPD, die Mietpreisbremse und die Änderung des Maklerrechts, wurden bereits auf den Weg gebracht. Der entsprechende Gesetzesentwurf befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung. Ab 2015 gilt, dass Mieten auch bei Neuvermietung nicht mehr unkontrolliert steigen dürfen und derjenige den Makler bezahlt, der ihn bestellt. Gerade für die wachsende Stadt Berlin ist das ein wichtiger Schritt, um exzessive Mietsteigerungen und willkürliche Mieten zu verhindern. Bei der Liegenschaftspolitik haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Vorhaben von Kommunen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums bei der Vergabe von Grundstücken durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben unterstützt werden sollen. Das werden wir umsetzen.

**Es gibt Themen, die mit dem Koalitionspartner CDU sicher nicht einfach zu verhandeln sind. Wie sieht es – um auch die ASF-Landesvorsitzende anzusprechen – zum Beispiel mit Fragen der Gleichstellung aus? Gibt es auch da positive Entwicklungen?**

Familienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas haben erste Leitlinien für ein Gesetz zur

Frauenquote vorgelegt, wonach ab 2016 die Aufsichtsräte großer Unternehmen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen sollen. Für rund 3.500 mitbestimmungspflichtige oder börsennotierte Unternehmen soll es bereits ab 2015 verbindliche Zielvorgaben zur Frauenförderung geben. Das ist ein ungemein wichtiger Schritt auf dem Weg zu tatsächlicher Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben. Wir arbeiten an Regelungen zur Bekämpfung von Menschenhandel und für bessere Bedingungen in der Prostitution und werden auch bei der Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben nicht locker lassen.

**Die Mitgliederbefragung im vergangenen Jahr hatte ein klares Votum für die Beteiligung an der Großen Koalition ergeben. Dennoch gab es auch skeptische Stimmen. Wie ist Ihr Eindruck aus den Diskussionen in der Partei? Findet sich die Partei in der Arbeit der SPD-Fraktion und der Ministerinnen und Minister wieder?**

Der Koalitionsvertrag und die bisherige Arbeit der Bundesregierung tragen die eindeutige Handschrift der SPD. So stammten die größten und wichtigsten Projekte des ersten Jahres allesamt aus SPD-geführten Ministerien, wie etwa der Mindestlohn und das Rentenpaket aus dem Arbeitsministerium von Andrea Nahles oder die EEG-Reform aus dem Wirtschaftsministerium von Sigmar Gabriel. So machen wir weiter – mit der Unterstützung der gesamten SPD. ■

# „MENSCHEN GEGEN DEN KRIEG“

August Bebel Institut erinnert an SPD-Friedenskundgebungen vor 100 Jahren

Es war ein dramatischer Aufruf, der am 25. Juli 1914 auf der Titelseite des Vorwärts erschien. „Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen“, hieß es da. Und: „Der Weltkrieg droht!“

In Berlin fand dieser Aufruf große Resonanz. Schon in den Jahren 1911 und 1912 hatten hier Massenkundgebungen gegen die drohende Kriegsgefahr und die Balkankriege stattgefunden. Zehntausend folgten am 28. Juli 1911 einem Aufruf der Gewerkschaften in die „Neue Welt“ an der Hasenheide. 200.000 Berlinerinnen und Berliner versammelten sich am 3. September 1911 auf der großen Wiese im Treptower Park. Zehn Tribünen waren hier aufgebaut, es sprachen u.a. die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen und Karl Liebknecht. Im November 1912 organisierte die Berliner SPD erneut eine Reihe von Kundgebungen, an denen rund 150.000 Menschen teilnahmen.



**Aufruf!**

Nach Kampfen die Nieder auf dem Schlachtfeld von dem Walle der noch Zehntausenden Angehörigen, nach Tausenden die Trümmer verstreuter Städte, verwüsteter Dörfer, nach ihrem hungertod arbeitender Männer, verarmte Frauen und verwaisete Kinder durch Land, und leben wieder führt sich die vom überreichlichen Imperialismus entfesselte Kriegsgelüste an. **Cod und Verderben über ganz Europa** zu bringen.

Verursachen wir auch das Treiben der großfeindlichen Nationalitäten, so fordert doch die **Feinde Kriegsprovokation der überreichlichen-ungarischen Regierung** den schließlichen Durchbruch. Gleich doch die Forderungen dieser Regierung so **brutal**, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einem selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnen sein, den **Krieg geradezu zu provozieren**.

Das Klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur **Samen des Friedens** gegen das verwerfliche Treiben der Imperialisten. Sie fordern gänzlich von der **deutschen Regierung**, daß sie ihren **Waffenstillstand** mit der überreichlichen Regierung zur **Unterbrechung** des Friedens ausbe, und falls der **schändliche Krieg** nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder **kriegsrischen** Unternehmung enthalten. **Kein Gewehr** darf eines deutschen Soldaten darf dem **Macht** **herrscher der überreichlichen Gewalttäter, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden**.

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, **sofort in Massenversammlungen** den **unerschütterlichen Friedenswillen** des **klassenbewussten Proletariats** zum Ausdruck zu bringen. **Eine erste Versammlung** ist **gekommen**, **erster als irgend eine der letzten Jahre** **geht**. **Geht** **in** **den** **Streik!** **Der** **Weltkrieg** **droht!** **Die** **herrschenden** **Klassen**, **die** **Euch** **im**

**Aufruf zu Friedenskundgebungen: Vorwärts-Ausgabe vom 25. Juli 1914.**

In den Sommermonaten 1914 wurden von Berliner SPD-Mitgliedern 32 Antikriegskundgebungen in allen Teilen der Stadt organisiert, über 30.000 Menschen beteiligten sich. Verhindert werden konnte der Kriegsbeginn nicht mehr.

In einer Ausstellung des August Bebel Instituts wird jetzt an die Berliner Friedenskundgebungen vor 1914 erinnert, an die Protestaktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern zwischen 1914 und

1918 und die Debatten in der SPD. Eröffnet wird die Ausstellung am 5. September von der ehemaligen Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und der Bundestagsabgeordneten Ute Finckh-Krämer. Die Ausstellung gibt all denen mit Fotos und Text Stimme und Gesicht, die ein Ende des Krieges bereits forderten, bevor er militärisch verloren war.

Eine Reihe von Veranstaltungen begleitet die Ausstellung. So stellt Benjamin Ziemann am 11. September (19 Uhr) sein Buch „Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933“ (Verlag J. H. W. Dietz) vor.

Am 19. September (19 Uhr) berichtet Tommy Spree über das Leben und Wirken seines Großvaters Ernst Friedrich, der 1925 in Berlin das weltweit erste Anti-Kriegs-Museum eröffnete. Es wurde zu einem Mittelpunkt friedenspolitischer Aktivitäten, bis es 1933 von der SA zerstört wurde. Seit 1982 führt Tommy Spree das pazifistische Engagement des Gründers fort – im aktuellen Anti-Kriegs-Museum im Wedding. ■ uh

**AUSSTELLUNG UND DISKUSSION**

**Ausstellung „Menschen gegen den Krieg – Proteste in Berlin 1914/18“.** Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Montag, 8. September bis Donnerstag, 2. Oktober 2014. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14-18 Uhr, Di nach Vereinbarung.

**Ausstellungseröffnung und Gespräch.** Grußwort: Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a.D.). Mit: Ute Finckh-Krämer (MdB, Mitbegründerin des Bundes für Soziale Verteidigung), Henning Holsten (Historiker, Ausstellung »Menschen gegen den Krieg«) und Gisela Notz (Historikerin), Freitag, 5. September, 18-21 Uhr. Mehr unter [www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de)

FOTO: ARCHIV U. HORB

## VORWÄRTS PERSÖNLICH

**Matthias Schmidt**, Bundestagsabgeordneter für Treptow-Köpenick, ist Mitglied des neu konstituierten Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung. Ihm gehören 22 Mitglieder des Deutschen Bundestages an. Aufgabe des Kuratoriums ist es, die Arbeit der Bundeszentrale zu kontrollieren.

**Volker Härtig** ist als Vorsitzender des Fachausschusses Soziale Stadt wiedergewählt worden. StellvertreterInnen sind Rudi Kujath, Angela Budweg und Philipp Mühlberg, Beisitzerinnen sind Ellen Haussdörfer und Ülker Radziwill.

**Oliver Igel**, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, ist Anfang August nach dreimonatiger Abwesenheit aus der Elternzeit zurück an den Rathausschreibtisch gekehrt. Sohn Felix hat jetzt einen Kitaplatz. Als Eltern-„Urlaub“ habe er die Zeit zwar nicht empfunden, sagte Igel. Aber es sei die richtige Entscheidung gewesen.

**Neue Büros eingeweiht.** In allen Berliner Bezirken haben SPD-Abgeordnete jetzt neue Bürgerbüros eingerichtet. Ende Juni öffnete Stadtentwicklungssenator Michael Müller sein Bürgerbüro in der Manfred-von-Richthofen-Straße 19 in Neu-Tempelhof. Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat ihr Büro im Pankower Eschengraben 24, 13089 Berlin, eingerichtet. Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland bietet regelmäßig Sprechstunden in seinem Büro in der Weddinger Bellermannstr. 19 a an. Bruni Wildenhein-Lauterbach hat ihr Büro im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, eingerichtet.

Das für sie nächstgelegene Abgeordnetenbüro können Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite der SPD-Fraktion bequem per Eingabe ihrer Adresse ausfindig machen. Alle Büros sind aufgeführt unter: <http://www.spdfraktion-berlin.de/buergerbuero?>



Die Berliner ASF-Delegation mit der wiedergewählten Bundesvorsitzenden Elke Ferner: Auf der ASF-Bundeskonferenz in Karlsruhe wurde Margit Zauner (4. v. r.), seit 1980 auf Orts-, Kreis- und Landesebene in der Berliner SPD aktiv, als Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand bestätigt.

## BERLIN ALS VORBILD

### Unterstützung für Mieter von Bundesimmobilien

Nicht der Höchstpreis entscheidet: In Berlin werden landeseigene Grundstücke inzwischen auch nach sozialen und stadtentwicklungspolitischen Kriterien vergeben. Gleiches fordert die Berliner SPD jetzt für die Bundesimmobilien. Damit wäre auch den Mieterinnen und Mietern bundeseigener Wohnungen an der Großgörschen- und Katzlerstraße geholfen.

5000 Wohnungen befinden sich in Berlin im Besitz des Bundes. Sie werden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) verwaltet. 1700 Wohnungen stehen derzeit konkret zum Verkauf – so auch die Gebäude in der Schöneberger Großgörschen- und Katzlerstraße, deren Mieter jetzt die IG GroKa gründeten. Zu einem Protestkundgebung kamen auch der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, Cansel Kiziltepe, Klaus Mindrup und Swen Schulz.

„Wir haben als SPD für die Mietpreisbremse gekämpft, die jetzt auch kommt. Wir brauchen aber auch – und das zeigt



Protestkundgebung der Mieter-Initiative „IG GroKa“ mit starker SPD-Beteiligung.

das Beispiel hier vor Ort – eine Spekulationsbremse“, so Jan Stöß. Die SPD wolle den Grundsatz verteidigen, dass Bestandsschutz gewährleistet und gewachsene Milieus geschützt werden, so der Berliner SPD-Landesvorsitzende.

Als Lösung schlägt er vor: Die Wohnungen der BIMA in Berlin sollten in öffentliches Eigentum umgewandelt und bestmöglich Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften zugeführt werden. ■ vwb

## BESUCH BEIM NACHBARN

### AG 60plus besichtigte Brandenburger Landtag

Eine Tagesfahrt führte Mitglieder der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf jetzt nach Potsdam. Dort informierte Prof. Dr. Sieglinde Hoppener, Mitglied im Ausschuss Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Brandenburger Landtags sowie Vorsitzende des Brandenburger Seniorenbeirats, die Berliner SPD-Mitglieder über die Seniorenpolitik des Landes. Sie erläuterte zudem, wie die Seniorenbeiräte im Land und in den Kommunen Gehör finden bzw. mitarbeiten. ■ vwb



Landtagsbesuch in Potsdam: Sieglinde Hoppener führte Mitglieder der AG 60plus durch die neuen Räume.

## DIE BERLINER SPD TRAUERT

In diesem Sommer musste die Berliner SPD Abschied von mehreren Mitgliedern nehmen, die lange Jahre aktiv die Arbeit im Landesverband und das Gesicht der SPD in der Kommunalpolitik geprägt haben.

Im Alter von 87 Jahren verstarb am 13. Juni Spandauer Altbürgermeister Werner Salomon. Anfang 1960 trat er in die SPD ein, von 1971 an vertrat er sie im Abgeordnetenhaus. 1979 wurde er zum Spandauer Bürgermeister gewählt, ein Amt, das er dreizehn Jahre inne hatte. Soziales



Werner Salomon

Engagement und Bürgernähe prägten seine Arbeit, nach dem Abschied aus dem Amt übernahm er zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben. 1993 wurde ihm die Stadtältestenwürde verliehen.

Der langjährige Neuköllner Volksbildungsstadtrat Wolfgang Schimmang verstarb in der Nacht zum 4. Juni im Alter von 68 Jahren. 1966 trat er in die 11. Abteilung der SPD Neukölln ein, deren Vorsitzender der Pädagoge 30 Jahre lang war. Von 1989 bis 1995 und von 1999 bis zur Pensionierung 2010 leitete er als Stadtrat die Abteilung Volksbildung in seinem Heimatbezirk.

Wenige Tage vor seinem 66. Geburtstag ist Anfang Juni der Kreuzberger Sozialdemokrat und frühere Falken-Jugendsekretär Wolfgang Brünjes verstorben. Überraschend verstarb der Spandauer Vorsitzende der AG 60plus Michael Gustke im Alter von 68 Jahren kurz vor Beginn einer Sitzung der BVV, deren Mitglied er war. Mit 71 Jahren ist der Schöneberger Sozialdemokrat Rainer Thamm verstorben. Lange Jahre begleitete der ehemalige bezirkliche Sportamtsleiter die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Als stellvertretender Vorsitzender koordinierte er zuletzt die Fachrunden der SPD-Fraktionsvorsitzenden. Als Mitautor des „Berliner kommunalpolitischen Lexikons“ machte er Kommunalpolitik anschaulich. Mit 65 Jahren ist im Juli der frühere Berliner Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) Hans-Joachim Rothe verstorben. ■